

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Anja Piel (GRÜNE)

Videodolmetscherinnen und -dolmetscher im Justizvollzug

Anfrage der Abgeordneten Anja Piel (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 24.10.2018

In den Doppelhaushalt 2017/2018 hatte die damalige rot-grüne Koalition in Kapitel 11 05 unter Titel 511 10 für Videodolmetscherinnen und -dolmetscher im Justizvollzug 232 000 Euro eingestellt. Im Haushaltsplanentwurf der aktuellen Landesregierung für 2019 wurde der Titelantrag um rund 200 000 Euro gekürzt.

1. Wofür wurden die im letzten Haushalt eingestellten Mittel für Videodolmetscherinnen und -dolmetscher im Justizvollzug genau verwendet?
2. Welche Erfahrungen hat die Landesregierung mit den Videodolmetscherinnen und -dolmetschern gemacht? Wie bewertet sie diese? In welchen Situationen können Videodolmetscherinnen und -dolmetscher eingesetzt werden, und in welchen Situationen wurden sie tatsächlich eingesetzt?
3. Ist die Ausschreibung für die Dolmetscherleistungen per Videoübertragung ergangen? Falls ja, wie, mit welchem Inhalt (Umfang, Stundenanzahl, Vertragsdauer) und mit welchem Ergebnis?
4. Für wie viele Inhaftierte besteht aktuell ein Bedarf an Dolmetscherleistungen? Für wie viele Inhaftierte kann dieser Bedarf aktuell durch die Lücke im Angebot nicht zeitnah gedeckt werden? Für wie viele Inhaftierte werden im Jahresschnitt Videodolmetscherinnen und -dolmetscher gebraucht? Für wie viele Inhaftierte plant die Landesregierung zukünftig Videodolmetscherinnen und -dolmetscher ein?
5. Welche Risiken entstehen dadurch, dass es aktuell nicht möglich ist, sich durch zeitnahe Dolmetscherleistungen mit den Inhaftierten frühzeitig zu verständigen?

(Verteilt am 26.10.2018)